

## Vortrag an den Ministerrat

### **Bericht über die Tagung des Rates der EU (Umwelt) am 20. Dezember 2022 in Brüssel**

Am 20. Dezember 2022 fand die letzte formelle Ratstagung (Umwelt) unter tschechischem Vorsitz statt. Den Vorsitz führte Marián JUREČKA, stellvertretender Premierminister und Minister für Umwelt. Die österreichische Delegation wurde von Bundesministerin Leonore Gewessler geleitet. Die Europäische Kommission war durch VP Frans Timmermans (Europäischer Grüner Deal, Klima) und Patrick Child, dem stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt, vertreten.

Ohne Aussprache nahm der Rat die Punkte der „A-Punkte-Liste“ an.

Die EU-Umweltminister:innen führten zu Beginn eine Grundsatzdebatte über einen Vorschlag für eine Verordnung zur Wiederherstellung der Natur. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Wiederherstellung von gefährdeten europäischen Lebensräumen zu gewährleisten, von denen sich 80 % in einem schlechten Zustand befinden. Der Vorschlag legt spezifische rechtsverbindliche Ziele und Verpflichtungen für die Wiederherstellung der Natur in jedem der im Vorschlag aufgelisteten Ökosysteme fest - von Wäldern und landwirtschaftlichen Flächen bis hin zu Meeres-, Süßwasser- und städtischen Ökosystemen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen bis 2030 mindestens 20 % der Land- und Meeresflächen der EU und bis 2050 alle sanierungsbedürftige Ökosysteme abdecken. Vorausschauend und in enger Zusammenarbeit mit politischen Stakeholdern, Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit sollen ambitionierte nationale Wiederherstellungspläne in jedem Mitgliedstaat entwickelt werden. Der Vorschlag sieht auch die Festlegung von Indikatoren für die biologische Vielfalt vor, um Fortschritte messen zu können.

Die Minister:innen nahmen den vom tschechischen Vorsitz erstellten Fortschrittsbericht zur Kenntnis und führten eine Orientierungsaussprache durch, bei der sie sich auf Fragen zur Ambition und des Grundsatzes der Nichtverschlechterung von Lebensräumen konzentrierten. Dabei wurde die Ambition und Zielsetzung des Vorschlags grundsätzlich begrüßt, jedoch auf offene Fragen hinsichtlich der Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen verwiesen. Gespalten zeigten sich die Mitgliedstaaten bezüglich der Anwendbarkeit auf Gebiete außerhalb von Natura 2000-Gebieten. Weiters betonten die Minister:innen die Notwendigkeit der Berücksichtigung nationaler Umstände und ausreichender Flexibilität bei der Umsetzung sowie die Unumgänglichkeit der Bereitstellung von angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen.

Die restlichen TO-Punkte des Rates Umwelt wurden unter dem Punkt "Sonstiges" behandelt.

Die Kommission informierte über die Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 und verwies auf den internationalen Kontext im Rahmen der COP 15 CBD (Übereinkommen über die biologische Vielfalt) in Montreal und betonte, dass die EU-Biodiversitätsstrategie bis 2030 ein guter Leitfaden für eine ambitionierte Implementierung der internationalen Ziele im Rahmen der EU sei.

Anschließend informierten die Kommission und der tschechische Vorsitz über die wichtigsten Resultate der jüngsten internationalen Tagungen und verwiesen dabei insbesondere auf das gute Verhandlungsergebnis bei der COP 15 CBD. Sie betonten die Notwendigkeit konsequenter Arbeiten im Hinblick auf die nächste Tagung des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen (COP 28) in Dubai, um das 1,5 °C-Ziel weiterhin in Reichweite halten zu können. Außerdem berichtete die Kommission über internationale Konferenzen zum Thema des internationalen Handels mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES), zu Stoffen, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen (Tagung des Montrealer Protokolls, MOP 34) und zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Kunststoffe, insbesondere in der Meeresumwelt (INC-1).

Der tschechische Vorsitz informierte die Minister:innen über den Stand der Arbeiten im Rat zu den aktuellen Gesetzgebungsvorschlägen zu fluoridierten Treibhausgasen und zu Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht führen, zu Industrieemissionen sowie zur Verbringung von Abfällen. Die Minister:innen begrüßten die Fortschritte zu diesen Dossiers, welche eine gute Basis für die kommenden Diskussionen im Rat darstellen und hofften, einen Großteil dieser Dossiers unter kommandem schwedischem Vorsitz einer Allgemeinen Ausrichtung zuführen zu können.

Die Kommission stellte anschließend das Paket "Nullverschmutzung" vor, das Vorschläge zur Überarbeitung der Rechtsvorschriften zur Luftqualität, zu prioritären Stoffen in Oberflächen- und Grundwasser sowie zur Behandlung von kommunalem Abwasser enthält. Dabei verwies die Kommission auf den vor kurzem veröffentlichten Bericht zu „Zero Pollution Monitoring and Outlook“, welcher die klare Notwendigkeit von verstärkten Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser unterstrich. Die Mitgliedstaaten begrüßten das Paket sowie die übergeordneten Ziele der Vorschläge grundsätzlich.

Die Kommission stellte darüber hinaus ein neues Kreislaufwirtschaftspaket vor, das Vorschläge zur Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Verpackungen und Abfallverpackungen, einen Vorschlag zur Zertifizierung des Kohlenstoffabbaus (Carbon Removals) sowie einen politischen Rahmen für biobasierte, biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststoffe enthält. Die Kommission strich die notwendige Beschleunigung des Wandels zu einem Kreislaufwirtschaftsmodell für Verpackungen als essentiell hervor. Der vorliegende Vorschlag beinhalte neben Nachhaltigkeitsanforderungen für Verpackungen auch zum ersten Mal Ziele zur Vermeidung und Wiederverwendung sowie Maßnahmen zur Förderung der Recyclierbarkeit bzw. des Sekundärrohstoffmarktes. Zu „Carbon Removals“ betonte die Kommission, dass der Fokus der Klimaschutzmaßnahmen weiterhin auf der Emissionsreduktion liege. Der neue Vorschlag sei jedoch ein innovatives, komplementäres und freiwilliges Tool zur Verbesserung der langfristigen CO<sub>2</sub>-Speicherung in Ökosystemen und daher ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der EU-Klimaneutralität bis 2050.

Die schwedische Delegation stellte am Ende der Sitzung das Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes vor. Horizontal stehen speziell die Themen Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, grüner Wandel, demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit im Zentrum. Im Rahmen des Rates Umwelt werde der Fokus in der ersten Jahreshälfte 2023 auf Arbeiten an den laufenden und kommenden Legislativinitiativen in den Bereichen Klimaschutz, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft und Null-Verschmutzung liegen.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

27. Jänner 2023

Leonore Gewessler, BA  
Bundesministerin